

Massnahmen gegen Lehrermangel präsentiert

Bildung Der Luzerner Regierungsrat will ab dem Schuljahr 2025/26 mit einem Massnahmenpaket auf den sich verschärfenden Lehrermangel reagieren.

So sollen Lehrerinnen und Lehrer etwa im Unterricht stärker unterstützt werden, Fachkarriere machen können und konkurrenzfähigere Löhne erhalten.

Wie die Bildungsdirektion am Freitag bekannt gab, können sich bis im Mai die Gemeinden und Verbände zu den Vorschlägen äussern. Dabei dürfen auch die Kosten ein Thema sein. Die Massnahmen werden den Kanton im ersten Jahr 10,5 Millionen Franken und die Gemeinden 9 Millionen Franken kosten. Danach dürften sich die Kosten mehr als verdoppeln. Für den Kanton sollen sie sich auf 25 Millionen Franken und für die Gemeinden auf 21 Millionen Franken belaufen.

«Status Quo keine Option»

Bildungsdirektor Armin Hartmann (SVP) sagte an einer Medienkonferenz, dass die vorgeschlagenen Massnahmen unumgänglich seien. Der Status Quo sei keine Option, denn der Fachkräftemangel mache vor den Schulen nicht halt. Martina Krieg, Leiterin der Dienststelle Volksschulbildung, untermauerte dies mit Prognosen. Im Schuljahr 2025/26 dürften an der Volksschule 44 Lehrerinnen und Lehrer fehlen, 2026/27 sogar 71.

Bereits im laufenden Schuljahr unterrichten im Kanton Luzern über 60 Personen, die nicht über eine Lehrer-

ausbildung verfügen. Dies werde längerfristig die Qualität und den Betrieb der Volksschule gefährden, sagte Hartmann.

Attraktivität erhöhen

Ein Grund für den Trend ist die wachsende Schülerzahl, ein weiterer die Pensionierungswelle. Zudem gilt der Lehrerberuf offenbar als weniger attraktiv als andere. Dies liegt etwa daran, dass den Lehrerinnen und Lehrern weitgehend Karrieremöglichkeiten fehlen und dass diejenigen, die in den Beruf einsteigen oder in diesen zurückkehren, sich schlecht begleitet fühlen.

Der Regierungsrat schlägt deswegen vor, dass Lehrerinnen und Lehrer eine Karriere machen können, indem sie ein zentrales Aufgabengebiet in der Schule übernehmen, etwa die Begabtenförderung oder Digitalisierung. Sie sollen auch Berufseinsteigerinnen und -einsteiger coachen können. Diese sollen dabei nicht nur eine Betreuung erhalten, sondern sie können in den ersten zwei Jahren neu von einer Penseneinstellung von zwei Lektionen profitieren. So könnten sie einen «positiven Berufseinstieg erleben», erklärte Krieg.

Die Coaches erhalten für ihren Zusatzaufwand keine Pensensreduktion, sondern werden mit einer Zulage entschädigt. Damit soll verhindert werden, dass die Umsetzung der Massnahmen den Lehrermangel nicht noch verschärft.

Unterstützungsangebote

Eine weitere Massnahme sind Angebote, welche die Lehrerschaft im Umgang mit schwierigen Schülerinnen und

Schülern unterstützen. Dieses Thema zähle ebenfalls zu den Faktoren, welche die Berufszufriedenheit negativ beeinflussen, teilte die Bildungsdirektion mit.

Eine Massnahme betrifft die Ausbildung der Heilpädagoginnen und -pädagogen. Personen, die sich entsprechend ausbilden lassen wollen und familiäre oder finanzielle Verpflichtungen haben, sollen finanziell unterstützt werden. Auch bei den Löhnen sieht der Regierungsrat Handlungsbedarf. Dort sei Luzern gegenüber anderen Kantonen nicht konkurrenzfähig, erklärte Hartmann. Weil wegen Sparpaketen in vergangenen Jahren Stufenanstiege der Löhne nicht voll gesprochen wurden, sei jetzt eine Anpassung an die ursprünglich vorgesehene Lohnentwicklung angezeigt, hiess es. Zudem solle mittelfristig das Lohnsystem überarbeitet werden. [keystone-sda]



Der Luzerner Bildungsdirektor Armin Hartmann (SVP) will erreichen, dass es an den Schulen genügend Lehrerinnen und Lehrer gibt. [Archivbild keystone-sda]



Der Kanton Luzern beantragt beim Kantonsrat einen Sonderkredit für eine neue Schuladministrationssoftware. [Bild keystone-sda]

Zweiter Anlauf in Sachen Schulsoftware

Kanton Luzern Für die Beschaffung sowie den Betrieb der neuen Schuladministrationssoftware hat der Luzerner Regierungsrat beim Kantonsparlament einen Sonderkredit von 8,76 Millionen Franken beantragt. Der Kantonsrat wird voraussichtlich in der Juni-Session darüber befinden können.

hiess es. Dies aufgrund der Zusatzaufwände, welche die Gemeinden durch das gescheiterte Projekt «NewRise» mit der dazugehörigen Software Educase Anfang 2022 hatten.

Lehrgeld bezahlt

Die neue Software wurde von den Luzerner Gemeinden im Rahmen des Folgeprojekts «StabiLU» beschafft. Ein breit aufgestelltes Projektteam hat die Ausschreibungsunterlagen erarbeitet und die zentralen Prozesse und Anforderungen an die Software definiert. Im März 2023, im Anschluss an ein öffentliches Beschaffungsverfahren, erteilte die Regierung der Firma CM Informatik AG den Zuschlag.

Die neue Schulsoftware wird den Volksschulen vom Kanton zur Verfügung gestellt, wie aus der Mitteilung der Luzerner Regierung hervorgeht. Die Gemeinden bezahlen Betriebs- und Supportkosten entsprechend ihrer Anzahl Schülerinnen und Schüler.

Die während den ersten drei Jahren beim Kanton anfallenden Personalkosten für die Applikations- und Betriebsverantwortung werde jedoch den Gemeinden nicht in Rechnung gestellt,

Eine neue Software werde nötig, da das derzeitige Schulverwaltungsprogramm über 20 Jahre alt sei, so die Regierung. Es genüge den heutigen Ansprüchen nicht mehr. Ein erster Versuch eine neue Schulsoftware zu beschaffen, musste 2022 aufgrund von diversen Schwierigkeiten abgebrochen werden. Dies kostete den Kanton 1,7 Millionen Franken. [keystone-sda]

eindrücke aus dem Kantonsrat

Die Arbeit im Hintergrund wirkt



Kantonsrat Guido Roos, Mitte, Wolhusen

Die Zukunft des Spitals Wolhusen ist leider seit Jahren ungewiss. Zwar wurden die Arbeiten für den Neubau gestartet. Allerdings war das künftige Angebot bis vor Kurzem unklar und es zeichnete sich eine ungenügende Lösung ab. Diese Unsicherheit gefährdet die medizinische Versorgung in unserer Region und setzt das sehr gute Personal im Spital Wolhusen einem unnötigen Druck aus. An der vergangenen Session konnten wir nun einen sehr wichtigen Meilenstein erreichen.

Seltene Instrument eingesetzt

Mit einer sehr deutlichen Mehrheit hat der Kantonsrat beschlossen, das Grundangebot aller Luzerner Spitäler ins Gesetz zu schreiben. Wie ist es dazu gekommen? Zusammen mit anderen Personen hatte ich vor gut zwei Jahren die Gründung des Vereins und Komitees «Pro Spital Wolhusen» initiiert. Das Komitee zählt über 7000 Mitglieder.

Wie das Komitee ist auch der Vorstand von Pro Spital Wolhusen ganz bewusst überparteilich zusammengestellt. Dieser Vorstand leistet seit der Vereinsgründung entscheidende Begleitarbeiten zu den politischen Prozessen. So haben drei der Vorstandsmitglieder (Anja Meier, SP; André Marti, FDP, und ich von der Mitte) zusammen mit den Kantonsratskollegen Armin Hartmann (SVP) und Hannes Koch (Grüne) im Herbst 2022 eine parlamentarische Einzelinitiative (PAIV) erarbeitet und diese fünfmal parallel eingereicht. Darin

fordern wir, dass das Leistungsangebot der Spitäler Luzern, Sursee und Wolhusen im Gesetz festgeschrieben wird.

Grosser Meilenstein fürs Spital

Die PAIV wird im Luzerner Kantonsrat sehr selten verwendet. Mit der PAIV will der Kantonsrat in einem Thema das Zepher von der Regierung übernehmen. Vor gut einem Jahr hat der Kantonsrat unsere fünf PAIV an die zuständige Kommission für Gesundheit (GASK) überwiesen und das Zepher somit in die Hand genommen. Anlässlich hat die GASK in aufwendiger Arbeit einen Gesetzesvorschlag erarbeitet.

Ganz im Sinne von uns fünf Kantonsräten schlug die GASK dem Kantonsrat nun vor, das Grundangebot der Spitäler im Gesetz zu verankern. Die Zustimmung dazu an der Session von letzter Woche war mit 88 zu 13 Stimmen überaus deutlich. Dies ist ein ganz wichtiger Schritt für den Wiederaufbau des verloren gegangenen Vertrauens der Bevölkerung in die Luks-Leitung.

Überparteilichkeit als Erfolgsfaktor

Der überparteiliche Weg war zwar sehr aufwendig. Er ist meiner Meinung nach jedoch der einzig richtige. Das deutliche Abstimmungsergebnis zeigt dies eindrücklich auf. Aktuell sind zum künftigen Angebot nur ein paar Umsetzungsfragen offen. Ich bin überzeugt, dass diese bis zur zweiten Behandlung des Gesetzes Anfang Mai 2024 geklärt werden.

Auch bin ich zuversichtlich, dass die SVP nach Klärung der offenen Fragen im Mai ihre vor Tagen eingereichte Volksinitiative zurückziehen wird. Das Aufrechterhalten der Volksinitiative wäre Gift für das Spi-

tal Wolhusen. Es würde einerseits zu weiteren Verzögerungen und Unsicherheiten führen. Andererseits würde die Volksabstimmung vom Grossteil der Luzerner Bevölkerung als Ja oder Nein zum Spital Wolhusen interpretiert. Dementsprechend wäre eine Volksabstimmung mit enorm hohen Risiken für das Spital Wolhusen verbunden.

Mehr Geld für Strassenbau

Beim Strassenbau bestehen im Kanton aktuell mehrere Probleme. Unter anderem genügen die dafür bestimmten Gelder nicht mehr. Letzten Herbst hat die Regierung viele Strassenbauprojekte um ein oder mehrere Jahre nach hinten geschoben. Darunter sind auch die nächsten Etappen der Lammenschlucht. Künftige Grossprojekte wie die Lösung des Verkehrsknotens Wolhusen mit einer Umfahrung können mit der aktuellen Finanzierung kaum je realisiert werden.

In Zusammenarbeit mit meinen Kollegen aus der Kommission für Verkehr und Bau (VBK) habe ich dazu ein Postulat erarbeitet. Als VBK fordern wir die Regierung auf, Varianten für mehr Gelder für den Strassenbau zu erarbeiten. Das Kommissionspostulat haben wir letzte Woche eingereicht. Es wurde von über 40 Kantonsrätinnen und Kantonsräten aus allen Parteien unterzeichnet. Ich bin überzeugt, dass wir mit dieser starken Unterstützung der Regierung einen deutlichen Auftrag erteilt haben. Er wird ganz bestimmt Bewegung in die Sache bringen und Wirkung zeigen.

«Eindrücke aus dem Kantonsrat» – unter diesem Titel äussern sich die Mitglieder aus unserer Region im Anschluss an die Sessions des Kantonsparlaments. Gastautor der Mai-Session wird Fritz Gerber (SVP, Wiggen) sein.

Ambulanter OP-Saal für 15,9 Millionen Franken

Kanton Luzern Die Regierung hat Fragen zu den Kosten und Nutzen des beim Surseer Kantonsspital entstehenden ambulanten Operationssaals und des Katheterlabors beantwortet und sieht keine spezialisierten Angebote für Wolhusen vor.

von standortspezifischen Spezialisierungen, die der gesamten Bevölkerung zugutekomme.

In Wolhusen nicht «zweckmässig»

Bossart wollte weiter wissen, ob für den Spitalneubau in Wolhusen ebenfalls «lukrative» Angebote geplant seien. Die Regierung weist darauf hin, dass ambulante Spitaleingriffe zwar günstiger als stationäre seien, die Leistungen aber mit wenigen Ausnahmen von den Spitalern nicht kostendeckend erbracht werden könnten.

Grund dafür seien die zu tiefen ambulanten Tarife des Kantons. Da die Spitäler an Tarifverträge gebunden seien, könnten sie trotz Inflation und hoher Energiepreise ihre Tarife nicht einfach erhöhen. Ein grosser Anteil der ambulanten Leistungen des Luks bleibe defizitär.

In Wolhusen seien ein Sprechstundenangebot verschiedener Fachbereiche, medizinische Einrichtungen wie CT, Röntgen, MRI und Endoskopie sowie vier OP-Säle geplant. Eine Verlagerung von spezialisierten ambulanten Angeboten vom Zentrum nach Wolhusen sei jedoch nicht «zweckmässig» und würde keine Zusatzgewinne generieren, sondern zusätzliche bauliche Massnahmen verursachen.

Eine Spezialisierung erfordere eine gewisse Grösse der Spitalorganisation mit entsprechenden Berufsgruppen und Fachdisziplinen. Auch liessen sich spezialisierte Angebote nur rechtfertigen, wenn das Einzugsgebiet genügend gross sei. [keystone-sda]

Für den ambulanten Operationssaal in Sursee beläuft sich der Investitionskredit des Luzerner Kantonsparlaments (Luks) laut dem Regierungsrat auf 15,87 Millionen Franken. Darin enthalten seien die Kosten für den Bau sowie die medizinischen Apparate und Einrichtungen, wie die Regierung in ihrer Antwort auf eine kleine Anfrage von SVP-Kantonsrat Rolf Bossart (Schenken) schreibt. Das ambulante Angebot soll bis zum geplanten Spitalneubau 2031 zur Überbrückung dienen.

Auf die Frage von Bossart, ob sich diese Investition für eine so kurze Nutzungsdauer lohne, antwortete die Regierung, dass die Überbrückungsmassnahmen zwingend seien, um die Versorgungssicherheit und den kantonalen Leistungsauftrag auch während der Bauzeit erfüllen zu können. Zudem würde durch die Schaffung von zusätzlichen ambulanten Kapazitäten die bestehende Infrastruktur entlastet.

Gemäss Regierung dient die Investition auch der weiteren Förderung